

Leonore Gewessler, BA
 Bundesministerin

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

An den
 Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.168.581

. April 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Hafenecker, MA und weitere Abgeordnete haben am 28. Februar 2024 unter der **Nr. 18053/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Strategie gegen die ukrainische Bedrohung unserer Energieversorgung – Folgeanfrage gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Warum wurden weder das Parlament noch die Öffentlichkeit proaktiv von Ihrem Ressort über das Zusammentreffen am 6. Dezember 2023 mit dem Naftogaz-Geschäftsführer sowie dem ukrainischen Botschafter und den Ergebnissen dieses Treffens informiert?*

Im Zuge meiner Tätigkeit treffe ich mich regelmäßig mit Unternehmen der Industrie, der Forschung und der Energiewirtschaft sowohl aus Österreich als auch anderen Ländern. Insbesondere steht mein Ressort seit Beginn des russischen Angriffskriegs sowohl bilateral als auch im Rahmen der Internationalen Energieagentur (IEA) mit der Ukraine im Austausch, weil dieser brutale Krieg neben dem unendlichen Leid für die Zivilbevölkerung auch eine dauerhafte und umfassende Bedrohung unserer Energieversorgung bedeutet. Deswegen bespreche ich die Energieversorgungssicherheit Österreich mit einer Vielzahl von Entscheidungsträger:innen in Politik und Wirtschaft. Nachdem viele dieser Gespräche vertraulich sind, würde es dem Ergebnis dieser Gespräche schaden, über jedes Gespräch proaktiv die Öffentlichkeit zu informieren. Gleichzeitig informiert mein Ministerium natürlich auch regelmäßig über unterschiedliche bilaterale Termine.

Zu Frage 2:

- *Welchen Standpunkt nehmen Sie zu den angekündigten Lieferstopps konkret gegenüber den Beteiligten ein?*

Meine Einschätzungen betreffend die Weiterführung des Transits durch die Ukraine habe ich in meiner Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 17035/J-NR/2024 vom 29. November 2023 bereits ausgeführt. Ob das Auslaufen des Transitvertrags zwischen der russischen Gazprom und dem ukrainischen Unternehmen Naftogaz mit Ende 2024 tatsächlich zu einem Ende russischer Gaslieferungen nach Österreich führen wird, kann derzeit nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden. Was aber bereits jetzt mit Sicherheit gesagt werden kann, ist, dass das Risiko einseitiger willkürlicher Lieferkürzungen Russlands bzw. eines vollständigen Lieferstopps, oder aber auch eines Lieferausfalls etwa durch kriegsbedingte Zerstörung von Transportinfrastruktur, unverändert bestehen bleibt und nach wie vor hoch ist. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass Putin die Gaslieferungen als wirksame Waffe eingesetzt hat und wir deswegen noch heute unter der Teuerung leiden. Durch die konsequente Diversifizierung unserer Gasversorgung weg von Russland können wir Putin diese Waffe aus der Hand nehmen.

Vor diesem Hintergrund hat der österreichische Gesetzgeber auf Basis von Vorschlägen des Klimaschutzministeriums zahlreiche Maßnahmen beschlossen, die Österreichs Versorgungssicherheit gewährleisten und zu einer Diversifizierung der Lieferquellen führen soll. Ich gehe daher davon aus, dass sich die Gasversorger in ihrer Beschaffungsstrategie ausreichend darauf vorbereiten, um auch bei Ausfall der Lieferungen von Erdgas aus Russland ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommen zu können. Auf diese im Gaswirtschaftsgesetz festgehaltene gesetzliche Verpflichtung habe ich die großen österreichischen Gasversorger in einem Schreiben auch ganz konkret hingewiesen und sie gleichzeitig dazu aufgefordert, ihre jeweiligen Maßnahmen im Detail gegenüber meinem Ressort darzustellen.

Zusätzlich hat das Klimaschutzministerium einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, wonach österreichische Versorger verpflichtet werden, ihren Anteil an nicht-russischen Gasmengen jährlich anzuheben. Gasversorger haben nach diesem Entwurf überdies sicherzustellen, dass sie auch bei einem Ausfall ihrer jeweils größten einzelnen Bezugsquelle weiterhin in der Lage sind, sämtliche Kund:innen vereinbarungs- und vertragsgemäß mit Gas zu beliefern.

Zu Frage 3:

- *Mit welchen Preisanstiegen rechnet man in Ihrem Ressort, wenn, wie geplant, sämtliche Gazprom-Verträge heimischer Energieunternehmen einseitig aufgekündigt werden und ein „Ausstieg“ aus russischen Gaslieferungen bis zum Jahr 2028 gelingen soll?*

Wie sich im Falle des abrupten Ausbleibens russischer Gaslieferungen bereits mehrfach gezeigt hat, geht damit nicht nur ein hohes Versorgungsrisiko, sondern auch ein Preisrisiko einher, das unmittelbar Druck auf den Wirtschaftsstandort und die Haushalte in Österreich ausübt. Russland hat in den letzten Jahren Energieliefermengen nach Europa reduziert und gezielt Unsicherheit am Markt geschürt. Diese Gasabhängigkeit hat den Preis getrieben und zu einer Rekordinflation in Österreich geführt. Bleibt die hohe Gasabhängigkeit erhalten, muss daher neuerlich von hohen Preissteigerungen ausgegangen werden, die die Energieversorger wieder an die österreichischen Endkund:innen weitergeben werden.

Ob sich aus einem Ende des Transitvertrags eine Preissteigerung ergibt, kann derzeit nicht mit ausreichender Sicherheit prognostiziert werden. Ein hilfreicher Indikator für die Einschätzung

zukünftiger Marktentwicklungen ist die Terminmarktkurve für die zukünftige Lieferung von Erdgas, die üblicherweise auf den europaweit liquidesten Handelsplatz, der niederländischen Title Transfer Facility (TTF), bezogen ist. Diese Terminmarktkurve zeigt derzeit keine besonderen Risikoaufschläge für die kommenden Jahre, was auf eine relativ stabile Gasversorgung mit nicht-russischem Gas hindeutet. Mit Stand 23. April 2024 liegen die Forward Preise für Gaslieferung für das Jahr 2025 zwischen 33 und 35 Euro und damit nur geringfügig über den derzeitigen Preisen am Spotmarkt. Auch wenn Deutschland nicht mehr mit russischem Gas versorgt wird, liegen die Preise am deutschen Handlungspunkt THE durchwegs unter jenen des österreichischen Handlungspunkts CEGH. Jedes Unternehmen kann daher bereits jetzt Gas in Deutschland oder Italien für die nächsten Jahre kaufen und wäre damit jedenfalls nicht von möglichen Preiseffekten einer Unterbrechung der Gastransite betroffen. Insofern hängt das Preisniveau maßgeblich davon ab, wie gut sich die Gasversorger auf jedes Szenario vorbereiten und vorausschauend nicht-russisches Gas beschaffen. Ein geordneter Ausstieg aus russischem Gas ist jedenfalls mit niedrigeren Kosten als ein plötzlicher Wegfall der russischen Mengen verbunden.

Zu Frage 4:

- *Mit welchen Kosten für die Republik rechnet man in Ihrem Ressort, wenn, wie geplant, sämtliche Gazprom-Verträge heimischer Energieunternehmen einseitig aufgekündigt werden, und ein „Ausstieg“ aus russischen Gaslieferungen bis zum Jahr 2028 gelingen soll?*

Was mit Sicherheit gesagt werden kann, ist, dass die Versorgungs- und Preisrisiken so lange bestehen bleiben, so lange die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen besteht. Die hohe Abhängigkeit hat bereits in der Vergangenheit zu Teuerung in unserem Land geführt und hohe Kosten verursacht. Das Preisrisiko ist am höchsten, wenn Russland die Lieferungen einseitig kürzt. Deshalb treiben wir den geplanten und raschestmöglichen Ausstieg voran. Je früher sich die heimischen Gasversorger auf eine Gasversorgung ohne russisches Erdgas vorbereiten, desto sicherer ist die Energieversorgung. Ich darf dahingehend auf die Beantwortung der Frage 3 verweisen.

Zu Frage 5:

- *Intervenierte Ihr Ressort über die ÖBAG-Beteiligungen der Republik an der OMV, um das Langzeitprojekt einer Erdölpipeline von Preßburg (Bratislava) nach Schwechat endgültig zu begraben?*

Nein. Die Entscheidung zur Nichtweiterverfolgung des Projekts wurde von den Betreiberunternehmen getroffen.

Zu Frage 6:

- *Wie will Ihr Ressort zu erwartende Exportstopps von LNG aus den USA nach Europa und damit Lieferausfälle nach Österreich kompensieren?*

Die aktuell bestehende US-amerikanische Flüssiggaskapazität in Höhe von etwa 84 Millionen Tonnen Flüssiggas pro Jahr und das dementsprechende Handelsvolumen bleiben unberührt, wodurch sich keinerlei Auswirkungen für den europäischen (und auch globalen) Markt ergeben.

Das durch die US-amerikanische Regierung verhängte Moratorium hinsichtlich der Vergabe von Exportlizenzen durch das US-amerikanische Department of Energy (DOE) betrifft ausschließlich jene Lizenzen, die in Zusammenhang mit der Errichtung neuer Flüssiggasanlagen sowie aktuell geplanter Erweiterungen bestehender Flüssiggasanlagen durch zusätzliche Gasverflüssigungskapazitäten (sogenannte „LNG trains“) stehen. Dabei geht es also nicht um bestehende und auch nicht um bereits genehmigte Projekte, die unbeschadet weiterhin verwirklicht werden können.

Derzeit geht die IEA sogar umgekehrt davon aus, dass durch die Fertigstellung einer Reihe von LNG-Projekten in den kommenden Jahren ein Überangebot an Gas am europäischen Markt auftreten wird.

Zu Frage 7:

- *Ist vom angekündigten Exportstopp der von der OMV geschlossene Flüssiggasdeal mit dem US-Unternehmen Cheniere Energy betroffen?*

Laut öffentlich zugänglichen Informationen sieht der Kaufvertrag zwischen der OMV Gas Marketing und Trading GmbH und Cheniere Energy die Lieferung von bis zu 850.000 Tonnen Flüssiggas pro Jahr (12 Lieferungen) ab Ende 2029 vor. Diese werden an das Gate Flüssiggas Terminal in Rotterdam geliefert und dort regasifiziert. Die OMV verfügt dort über langfristige Regasifizierungskapazitäten, wobei der vertragliche Preis für das Flüssiggas an den TTF-Index gekoppelt ist.

Laut eigener Auskunft erwartet Cheniere Energy, dass keine zeitliche Verzögerung der geplanten Expansionsprojekte eintritt.

Zu Frage 8:

- *Ist die aus Abu Dhabi im Jahr 2022 versprochene Flüssiggasschiff-Lieferung bereits in Österreich eingetroffen?*
- Wenn ja, wann?*
 - Wenn nein, warum nicht?*

Laut öffentlich zugänglicher Information sind 137.000 Kubikmeter Flüssiggas gemäß der Vereinbarung zwischen der OMV und Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) gegen Ende des vergangenen Jahres am Gate Flüssiggas Terminal in Rotterdam angelandet. Weitere vertragliche Details der Vereinbarung sind bei den beteiligten Unternehmen zu erfragen.

Leonore Gewessler, BA

